Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 1659

Antrag

der Fraktion der KPD

betr. Zahlung einer Ausgleichszulage für ins Beamtenverhältnis überführte Arbeiter und Angestellte der Bundesbahn.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, die Hauptverwaltung der Bundesbahn anzuweisen, in Fällen, in denen durch die Übernahme eines Arbeiters oder Angestellten in das Beamtenverhältnis für diesen Personenkreis eine Einkommensminderung eintritt, dieselbe durch Zahlung einer Ausgleichszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zu beseitigen.

Bonn, den 29. November 1950

Gundelach
Renner und Fraktion

Druck: Peter Meier, Buisdorf-Siegburg
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Str. 30